Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

66 (18.3.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., in Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 66. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 18. März 1892.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 17. März.

48. Sitzung der 2. Kammer.

Am Ministertisch: Staatsrath Eisenlohr und mehrere Ministerialräthe.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein, Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern, Titel 14, Bearbeitung der Landesstatistik.

Abg. Frank hat darüber schriftlichen Bericht erstattet. Die Anforderungen für den ordentlichen Etat des Tit. 14 betragen jährlich durchschnittlich 65,041 M., für den außerordentlichen Etat 46,000 M. für die beiden Jahre, darunter für die geologische Landesaufnahme 40,000 M., für Erhebung und Bearbeitung des Materials der Volkszählung von 1890 6000 M. Das Haus genehmigt diese Summen nach den Anträgen der Kommission ohne Debatte.

Bei Titel 15, Förderung der Gewerbe, bespricht

Abg. Schlusser das überhandnehmende Unwesen des Hausierhandels. Seitens des Bürger- und Gewerbestandes werde mit Recht über den Hausierhandel Klage geführt, namentlich über den Handel mit Vieh. Der Gewerbetreibende sei mit Umlagen und Abgaben viel stärker belastet, als der Hausierer, der häufig nicht einmal die niedrigste Gewerbesteuertaxe bezahle. Der bürgerliche Mittelstand bilde den Kern des Staates, und deßhalb sollte man auch auf die Wahrung seiner Interessen bedacht sein. Redner regt schließlich die Frage an, ob nicht, ähnlich wie jetzt in Württemberg, eine schärfere Lokalbesteuerung des Hausierhandels zu ermöglichen wäre.

Abg. v. Stockhorner spricht seine volle Zustimmung zu den Aeußerungen des Vorredners aus. Der Handwerkerstand sei heute der nothleidende Stand; ihm müsse geholfen werden, auch durch die neue Organisation des Handwerks. Er begrüße deßhalb auch die von der Regierung vorgeschlagene Aenderung des Gewerbeschulwesens.

Abg. Gesell fragt an, was die großh. Regierung bezüglich der Frage der Bildung eines Gewerberathes zu thun gedenke.

Staatsrath Eisenlohr erwidert, es liege in der Absicht der großh. Regierung, auf ähnlicher Grundlage, wie der Landwirthschaftsrath, auch einen Gewerberath zu schaffen. Man wollte indessen erst einmal abwarten, welches Schicksal die beiden andern gewerblichen Vorschläge der Regierung in der Kammer finden würden. Bezüglich des Hausierhandels seien Seitens der Reichsregierung Erhebungen veranstaltet und Anfragen an die Bundesregierungen gerichtet worden; von Baden aus sei die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf verschiedene Mißstände im Hausierhandel hingelenkt worden, ebenso auf die Reisenden, welche direkt an den kleinen Konsumenten verkaufen. Man könnte ja vielleicht im Großherzogthum auch selbständig in dieser Frage, auf dem Gebiete der Besteuerung vorgehen, es empfehle sich aber wohl doch, zunächst die in Aussicht stehende generelle Regelung durch das Reich abzuwarten. Auch die Frage sei zu erwägen, ob man nicht nach dem Beispiel Württembergs verfahren und eine Besteuerung des Hausierhandels etwa zu Gunsten der Kreiskasse eintreten lassen solle, wie dies in Württemberg zu Gunsten der Amtskorporationen geschieht. Daß ein Bedürfniß vorliegt gegen das Ueberhandnehmen des Hausierhandels in der Richtung der Besteuerung vorzugehen, werde von der großherzogl. Regierung vollständig anerkannt.

Abg. Birkenmayer ist mit den Ausführungen der Vorredner über den Hausierhandel nicht einverstanden. Ein bestimmter Kreis der Hausierer sollte nicht höher besteuert, sondern mehr gesichont und unterstützt werden, nämlich der hausindustrielle Hausirhandel. Gerade dieser Erwerbszweig sei der stärksten Konkurrenz ausgesetzt.

Abg. v. Buol bemerkt dem Vorredner zur Beruhigung, daß dieser Zweig des Gewerbebetriebes von Niemand angetastet werden solle. Er habe als Vositzender der Bittschriftenkommission des Reichstags stets gefunden, daß man diesen Erwerbszweig nicht in den Kreis des Hausierhandels hineinbezog und ihn nicht beschränkt wissen wollte, sondern ihn nach Möglichkeit zu unterstützen bereit war. Er freue sich, daß für die nächste Zeit eine Regelung der ganzen Materie bevorstehe.

Abg. Wacker ist gleichfalls sehr erfreut über die Ausführungen des Abg. Schlusser und des Regierungsvertreters. Man komme damit mehr und mehr auf den Standpunkt seiner Partei. Die Klagen über diese Schmarotzerpflanze, wie man ja wohl den Hausierhandel nennen könne, würden aber nicht so stark sein, wenn im Publikum mehr Noblesse und weniger Selbstsucht herrschte, namentlich in der Beamtenwelt. Von gewissen Rangstufen dieser Beamten an wenigstens sollte man nicht mehr sich gewissermaßen als die Etikette des Konsumvereins gebrauchen lassen.

Abg. Wilckens bemerkt gegen den Vorredner, daß die nationalliberale Partei schon im Jahre 1888 genau denselben Standpunkt in der Hausierfrage eingenommen habe, wie heute. Bei der damaligen Besprechung dieser Frage haben nur Redner dieser Partei das Wort genommen, vom Zentrum Niemand. Redner empfiehlt schließlich den vom Minister angeregten Weg der Hausierbesteuerung durch die Kreisorganisation.

Abg. Strübe wünscht auch Rücksichtnahme auf die armen Waldbeerensammler.

Nach einigen Bemerkungen zwischen den Abgg. v. Buol und Wilckens vertritt Abg. Rau den Standpunkt, daß es in erster Reihe die sogenannten Detailreisendengeschäfte seien, welche wie ein Krebsschaden an dem angesessenen Handelsstande anhaften. Dieses Gewerbe sei leicht auszuüben und deßhalb gebührend zu einer höheren Steuer heranzuziehen. Hinsichtlich der Hausirer müsse man unterscheiden in solche, welche nach der Art ihrer herumgetragenen Waaren unentbehrlich sind, weil die gleichen Waaren nicht an Ort und Stelle zu haben seien, und in solche Hausirer, die man unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet, als überschüssige Elemente behandeln müsse. Eine Gemeindebesteuerung für Hausierer sei unthunlich.

Abg. Frank bemerkt als Berichterstatter, daß der Hausirhandel mit Vieh so lange nicht verboten werden könne, als nicht genügend Viehmärkte und ein Publikum vorhanden sei, das diese Viehmärkte auch als Käufer besucht.

Das Haus genehmigt darauf die einzelnen Paragraphen des Titels 15 von 1—16 ohne weitere Verhandlung. Bei der weiteren Berathung spricht

Abg. Schlusser seine Freude über den staatlichen Zuschuß für die unter Leitung des Badischen Frauenvereins an den verschiedenen Orten des Landes errichteten Kochkurse für Fabrikarbeiterinnen aus. Auch die Errichtung einer Webereischule, wie z. B. in Reutlingen eine besteht, würde der badischen Industrie sehr zum Vortheil gereichen.

Abg. Greiff spricht gleichfalls seine Freude über die Kochkurse aus. Dem Badischen Frauenverein gebühre dafür der wärmste Dank.

Abg. Gerber bemängelt die zu geringen Ergebnisse für die Lehrlingswerkstätten und beklagt sodann, daß die Schülerinnen in den Haushaltungsschulen abgehalten würden, ihren religiösen Pflichten zu genügen. Dadurch werde die Gottlosigkeit gefördert. Die Mädchen würden auch nicht zum Sparen in diesen Schulen angehalten.

Staatsrath Eisenlohr wendet sich gegen diese Beschuldigungen des Vorredners. So lange derselbe nicht den Beweis dafür erbringe, müsse er die Richtigkeit dieser Behauptungen entschieden bestreiten. Es sei ihm unverständlich, wie man eine derartige Behauptung auch nur andeuten könne, daß die Schülerinnen verhindert würden, ihren religiösen Pflichten nachzukommen.

Abg. Schlusser protestirt als Vertreter eines Bezirks, in welchem eine derartige Haushaltungsschule errichtet wurde, entschieden gegen die Behauptungen des Abg. Gerber, die völlig haltlos seien, ebenso die

Abgg. Greiff und Schweinfurth.

Das Haus genehmigt darauf die weiteren einzelnen Paragraphen des ordentlichen Etats und schließlich die Gesammtsumme desselben mit 202,276 Mark für beide Jahre.

Im außerordentlichen Etat werden für die Ergänzung der Bibliothekeinrichtung der großh. Landesgewerbehalle 3500 M., für bauliche Herstellungen in der chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt 1000 M., für Errichtung eines chemisch-analytischen Laboratoriums an der Probiranstalt für Edelmetalle in Pforzheim 500 M. und für Reisebeihilfen zum Besuch der Chicagoer Ausstellung im Jahr 1893 30,000 M. Diese Summe soll in erster Reihe dazu verwendet werden, den Ausstellern der heimischen Industrie neben der Beihilfe durch die Reichsregierung noch weiter helfend entgegenzukommen und an weniger leistungsfähige Ausstellungstruppen Zuschüsse zu den Kosten der Beschickung zu gewähren. Weiter wird beabsichtigt, sachverständigen Besuchern der Ausstellung den Besuch durch Reisebeihilfen zu erleichtern. Diese Beihilfen sollen in erster Linie an technisch erfahrene gewerbetreibende Werkmeister und Arbeiter verabfolgt werden.

Abg. Gesell knüpft an diese Forderung an und legt eine Reihe von Gesichtspunkten dar, die für die Auswahl solcher technisch gebildeter Besucher maßgebend sein müßten. Dieselben müßten in der Lage sein, sich in dem großen Ausstellungsgewirr auch richtig zu orientiren und Vorträge, bezw. gewerblich-technische Berichte über die gesehenen Neuheiten und die Fortschritte ihres Berufs zu geben.

Abg. Wittum empfiehlt, bei der Wahl derjenigen Personen, denen ein Zuschuß zu den Reisekosten gewährt werden solle, recht vorsichtig zu Werke zu gehen, im Uebrigen aber nur praktisch und gewerblich tüchtige Leute zu wählen, welche die Fortschritte des ausstellenden Gewerbes ihren Kollegen in der Heimath nutzbar machen könnten.

Der Titel wird darauf bewilligt, ebenso die Gesammtsumme des außerordentlichen Etats mit 35,000 M., und Einnahmetitel 6 (Gewerbe) für beide Jahre zusammen 28,268 Mark.

Es folgt Titel 16, Förderung der Landwirthschaft.

Abg. Greiff bespricht die hohen Zölle nach Rußland, z. B. für Hopfen. Bayern und Württemberg hätten sich bereits mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um die Hopfeneinfuhr nach Rußland zu erleichtern und er hoffe, daß auch die badische Regierung gern nach Möglichkeit dazu beitragen werde, die Interessen der hopfenbauenden Landwirthschaft zu vertreten.

Min.-Rath Buchenberger erwidert, daß die Regierung sich bereits der Bitte an die Reichsregierung zum Schutze der Hopfenproduzenten gegen die hohen russischen Hopfenzölle angeschlossen habe und Alles thun werde, um die Lage der Hopfenbau treibenden Landwirthe zu verbessern.

Abg. Nopp schließt sich den Ausführungen des Abg. Greiff an und wiederholt die Bitte um Schutz des badischen Hopfenbaues.

Abg. v. Stockhorner bespricht die Nothwendigkeit des korporativen Zusammenschlusses der Landwirthe und lobt die Gründung von Bauernvereinen (natürlich!) Weiter bringt Redner eine Anzahl besonderer Wünsche seiner Parteigenossen bezüglich der Landwirthschaft vor.

Staatsrath Eisenlohr und Ministerialrath Buchenberger erwidern dem Vorredner und geben die Versicherung ab, daß die Regierung in ihrer Fürsorge für die Landwirthschaft nicht erlahmen werde.

Abg. Gerber bringt wieder einmal seine Klagen über den Niedergang der Landwirthschaft vor, beklagt, daß man die Preiskuh im Stalle besser behandle, als das Kind im Hause und betont sodann u. A., daß dem mittelbadischen Bauernverein noch immer nicht ein Vertreter im Landwirthschaftsrath gewährt worden sei.

Staatsrath Eisenlohr widerlegt die einzelnen Beschwerden des Vorredners in eingehender Weise. Die Frage, warum dem mittelbadischen Bauernverein noch kein Vertreter im Landwirthschaftsrath bewilligt worden sei, beantworte er dahin: Sobald er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß dieser Verein mit der Regierung Hand in Hand bei der Förderung der Landwirthschaft zusammenzuwirken bereit sei, selbstverständlich unter völliger Freiheit der Kritik der einzelnen Regierungsmaßnahmen, werde ihm ein solcher Vertreter zugestanden werden. Nach dem ganzen bisherigen Auftreten des Vereins und seiner Leiter aber sei er berechtigt, anzunehmen, daß der Verein ein derartiges Zusammenwirken nicht beabsichtige, sondern eher eine Gegenwirkung gegen Alles, was die Regierung thue. Sowie eine Aenderung in diesem Bestreben eintrete, solle der Verein seinen Vertreter im Landwirthschaftsrath erhalten.

Abg. Gerber wünscht den Nachweis dafür, daß der Verein den Maßnahmen der Regierung entgegenarbeite, worauf

Staatsrath Eisenlohr mehrere Beispiele für die feindliche Haltung des mittelbadischen Bauernvereins gegen die Regierung anführt. So hätte u. A. die Agitation des Vereins im Taubergrunde eine förmliche Erbitterung unter der Bevölkerung hervorgerufen, so daß der landwirthschaftliche Wanderlehrer an zwei verschiedenen Stellen mitten in seinen Vorträgen durch wüstes Geschrei unterbrochen und verhindert wurde, seine sachlichen Darlegungen zu Ende zu führen. Auch das Verhalten der Leiter dieses Vereins, zu denen ja auch der Vorredner gehöre, sei gerade kein sehr wohlwollendes gegen die Regierung.

Abg. Klein-Wertheim führt aus, es stecke hinter den Bauernvereinen etwas ganz anderes, als die Pflege ihres Berufs, nämlich eine politische Thätigkeit und politische Agitation. Das müsse hier ganz offen ausgesprochen werden, und ultramontane Blätter hätten das selber unvorsichtiger Weise ausgeplaudert, wie Redner durch Zitirung eines Zeitungsabschnittes beweist. Der landwirthschaftliche Verein werde auch in Zukunft ruhig und ohne Feindschaft gegen die Bauernvereine fortfahren, ohne politische Nebenabsichten für die Interessen der Landwirthschaft zu wirken, und die Landwirthe würden schon noch mehr als bisher einsehen lernen, auf welcher Seite die wahren Interessen der Landwirthschaft besser und erfolgreicher gewahrt würden. Auf die eigenartigen Anschauungen des Abg. Gerber über die Landwirthschaft wolle er nicht näher eingehen; man würde mit ihm doch nie zu einer Verständigung gelangen.

Abg. Wacker vertheidigt den Standpunkt des Abg. Gerber. Der Vorwurf, daß der mittelbadische Bauernverein politische Zwecke verfolge, sei unzutreffend, er sei nicht politischer Natur und solle es auch nicht werden. Redner wendet sich dann in seiner bekannten, ächt gentlemanliken Art gegen Herrn Staatsrath Eisenlohr, der es „gewagt" habe, den Abg. Gerber wegen seiner verfassungsmäßigen Haltung bei Besprechung landwirthschaftlicher Fragen zur „Rechenschaft" zu ziehen und ihm staatsfeindliche Bestrebungen nachzusagen. Ohne Oberamtsmänner scheint Herr Wacker nun einmal nicht mehr existiren zu können; auch heute wieder mußte ein solcher für seine rüden Angriffe herhalten.

Staatsrath Eisenlohr wirft die Frage auf, wozu denn die fortwährenden persönlichen Verdächtigungen und Gehässigkeiten gegen die Beamten auf diesem Gebiete führen sollten? Die tüchtigsten und hervorragendsten Männer des landwirthschaftlichen Vereins würden in den Augen der Herren vom Bauernverein nur als einseitige Theoretiker u. s. f. hingestellt. Das sei keine loyale Handlungsweise mehr. Wenn hier auch wieder vom Vorredner der Versuch gemacht werde, die Sache so darzustellen, als habe er, Redner, ein Attentat auf die Rechte der Volksvertretung machen wollen, so weise er dies entschieden zurück. Im Uebrigen könne er nur seine Erklärung wiederholen, daß er gern auch dem mittelbadischen Bauernverein einen Vertreter zugestehen werde, wenn derselbe bereit sei, in sachlicher Weise an der Förderung der badischen Landwirthschaft mitzuarbeiten.

Das Haus vertagt darauf die weitere Verhandlung auf Freitag Vormittag 9 Uhr.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 16. März.

195. Plenarsitzung.

Die 3. Berathung der Novelle zum Krankenkassengesetz wird fortgesetzt.

§. 6a führt die ortsstatutarischen Bestimmungen auf, welche die Gemeinden hinsichtlich der Gemeindekrankenversicherung zu erlassen berechtigt sind.

Abg. Dr. Hirsch (deutschfr.) beantragt Streichung der Bestimmung, wonach die Gemeinden bestimmen können, daß das Krankengeld theilweise oder ganz versagt werden kann, wenn sich die Versicherten die Krankheit durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben. Die Streichung liege im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege.

Geh. Rath v. Woedke weist darauf hin, daß ärztliche Hilfe, Arznei und sonstige Heilmittel auch in solchen Fällen zu gewähren sei; nur das Krankengeld solle wegfallen.

Abg. Dr. Höffel (Reichsp.) beantragt, daß mindestens eine eintägige Karrenzzeit festzuhalten sei (während die Vorlage die Gemeinden berechtigt, das Krankengeld schon vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab zu gewähren).

Abgg. Hitze und v. Strombeck (Zentr.) sprechen gegen diesen Antrag.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) wendet sich gegen die Zwangsärzte und Zwangsapotheken, sowie dagegen, daß die Gemeinden berechtigt sein sollen, Versicherten, die durch eine mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung die Gemeindekrankenversicherung geschädigt haben, oder die sich die Krankheit bei Schlägereien, Trunkfälligkeit oder Ausschweifungen zugezogen haben, das Krankengeld zu entziehen.

Auf eine Anfrage des Abg. Trölsch (nat.-lib.) erwidert Geh. Rath Woedke, daß bei der dreitägigen Karrenzzeit die Sonn- und Feiertage mitzählten.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) erklärt sich im Interesse der Sittlichkeit gegen den Antrag Hirsch.

Abgg. Dr. Gutfleisch (dtschfr.) und Singer (Soz.) vertheidigen diesen Antrag. Es handle sich hier um ein Gesetz zum Besten der Kranken, nicht um ein Gesetz zur Hebung der Sittlichkeit.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Wie kämen denn die übrigen Arbeiter dazu, durch ihre Beiträge das Krankengeld für Jemand aufzubringen, der sich die Krankheit durch eigenes Verschulden zugezogen?

§. 6a wird unter Ablehnung aller übrigen Anträge in der von der freien Kommission beantragten Fassung angenommen.

Angenommen werden ferner die übrigen Bestimmungen über die Gemeindekrankenversicherung.

Bei den Bestimmungen über die Ortskrankenkassen beantragt

Abg. Grillenberger (Soz.) Streichung des §. 26a, welcher das Verbot der Ueberversicherung enthält. (Kassenmitgliedern, welche gleichzeitig anderweit gegen Krankheit versichert sind, soll nach §. 26a das Krankengeld so weit gekürzt werden, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tagelohns übersteigen würde.) Für den Fall der Annahme des §. 26a will Antragsteller wenigstens ein Krankengeld bis zu einem Drittel über den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns zulassen; der überschießende Betrag soll den betheiligten Kassen zu gleichen Theilen zufallen. Endlich soll unter allen Umständen die Bestimmung gestrichen werden, wonach für den Fall der Bestellung bestimmter Kassenärzte die Bezahlung der Behandlung durch andere Aerzte abgelehnt werden kann.

Gegen den Antrag erklären sich die Abgg. Dr. Buhl (nat.-lib.), Dr. Hirsch (deutschfr.) und Freiherr von Stumm.

Der Antrag Grillenberger wird abgelehnt und §. 26a. mit einigen von der freien Kommission beantragten Abänderungen angenommen, ebenso der Rest der Bestimmungen über die Ortskrankenkassen.

§. 44 erhält auf Antrag der freien Kommission folgende neue Fassung: „Unter Oberaufsicht der höheren Verwaltungsbehörde wird die Aufsicht über Ortskrankenkassen, welche für den Bezirk einer Gemeinde von mehr als 10,000 Einwohnern errichtet sind, durch die Gemeindebehörden, bei allen übrigen Ortskrankenkassen durch die Seitens der Landesregierung zu bestimmenden Behörden wahrgenommen."

Bei den gemeinsamen Bestimmungen für die Gemeindekrankenversicherung und für die Ortskrankenkassen war in der 2. Lesung §. 49b. gestrichen worden, welcher die freien Hülfskassen verpflichtet, jedes Ausscheiden eines versicherungspflichtigen Mitgliedes aus der Kasse und jedes Uebertreten eines solchen in eine niedrigere Mitgliederkasse bei der gemeinsamen Meldestelle anzuzeigen.

Die freie Kommission beantragt Wiederherstellung des §. 49b. mit einigen Modifikationen.

Die Abgg. Dr. Hirsch (deutschfr.) und Molkenbuhr (Soz.) sprechen sich gegen, die Abgg. Dr. Gutfleisch (deutschfr.) und Dr. Buhl (nat.-lib.) für die Wiederherstellung aus, welche darauf beschlossen wird.

Eine Anzahl von der freien Kommission beantragter neuer Bestimmungen hinsichtlich der Einziehung der Beiträge wird debattelos angenommen.

Weiterberathung morgen.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 17. März. Als vor einigen Monaten in Württemberg der Thronwechsel erfolgte, wurden sofort die anmaßendsten ultramontanen Hoffnungen laut: die Entlassung einiger dortiger „liberaler" Minister sollte baldigst, namentlich aber die so lange erstrebte Gestattung von katholischen Männerorden zu erwarten sein. Die betreffenden Minister, von klerikaler Seite um so heftiger befehdet, weil sie zum Theil katholisch, freilich nicht klerikal sind, blieben indeß im Amte; und nunmehr sind, wie kurz gemeldet, die Gesuche um Zulassung von Männerorden auch mit Genehmigung des neuen Königs wieder abschlägig beschieden worden. Und dabei hat Württemberg nicht nur einen katholischen, freilich zugleich liberalen Minister des Innern, sondern auch einen katholischen Ministerpräsidenten, v. Mittnacht, der niemals als liberal gegolten hat. Angesichts dieser Enttäuschung in Württemberg werden die Ultramontanen vielleicht auch ihre auf Hessen gesetzten Hoffnungen etwas herabstimmen. Denn schon kommt aus Darmstadt die Meldung, daß der Minister Finger geradeso das Vertrauen des neuen Großherzogs besitze, wie er das des Vorgängers hatte. An seine Ersetzung durch den konservativ-klerikalen Herrn v. Gagern ist also nicht zu denken. Abgesehen von den sachlichen Gründen, die man in Württemberg wie in Hessen zum Beharren bei der bisherigen Politik besitzt, erkennt man deutlich das Interesse, welches die Regierungen daran haben, ihre Staaten gerade jetzt wo der Ultramontanismus in Preußen obenauf ist, vor ihm zu bewahren.

♁ **Freiburg**, 16. März. Vergangenen Sonntag sind wieder drei Offiziere zu der kaiserlichen Schutztruppe in Ostafrika abgereist, nämlich der Leutnant Ax vom Fußartillerieregiment Nr. 8, der Leutnant Stauck vom Infanterieregiment Nr. 98 und der Leutnant Storch vom 19. bayer. Infanterieregiment. Begleitet sind die Herren von einem Büchsenmacher. Alle diese vier trafen mit dem bisherigen Kompagnieführer Leun der Schutztruppe, der sich seit einigen Monaten auf Urlaub befand, in München zusammen, wo dem Letzteren zu Ehren von der Abtheilung München der deutschen Kolonialgesellschaft eine Abschiedsfeier veranstaltet wurde. Leun, der bestimmt ist, in der Neuordnung der Verwaltung unseres ostafrikanischen Besitzes mit eine Rolle zu spielen, ist ein alter Afrikaner und weilt dort seit 1886 mit nur geringen Unterbrechungen. Er leitete mit Erfolg die Vertheidigung von Dar-es-Salam, führte bei dem Zuge gegen Kilwa die Vorhut und betheiligte sich hervorragend an der Eroberung des Südens von Deutsch Ostafrika. Am 1. April 1891 trat er zur Schutztruppe über, die an ihm eine vorzügliche Acquisition machte.

♂ **Berlin**, 16. März. S. M. der Kaiser sandte dem Sultan anläßlich dessen heutigen Geburtstags ein in den wärmsten Ausdrücken abgefaßtes Glückwunschtelegramm. — Dem Bundesrathe ist der Entwurf einer Verordnung, betreffend das Inkrafttreten der auf die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891, zugegangen; die Vorarbeiten für den Erlaß von Bestimmungen über die Sonntagsruhe in der Industrie sind noch nicht zum Abschluß gekommen. — Die Post widerruft die Nachricht, daß der Kaiser am 1. Mai auf den v. Stumm'schen Werken in Neunkirchen erwartet werde. — Der Allg. Z. wird versichert, daß die in letzter Zeit eingeleiteten Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen ohne Wissen des Justizministers stattfanden und weder seine noch des Reichskanzlers Billigung gefunden haben.

Berlin, 16. März. Auch die Universität Königsberg hat eine Bittschrift gegen den Volksschulgesetzentwurf erlassen. Sie hat nach der Königsb. Allg. Ztg. folgenden Wortlaut: „Hohes Haus der Abgeordneten! Die unterzeichneten Dozenten der Universität Königsberg, überzeugt, daß durch die Annahme des Volksschul-Gesetzentwurfs der Einfluß des Staates auf die Schule in ungerechtfertigter Weise geschmälert, und daß damit eine nationale Gefahr heraufbeschworen werden würde, welche auf die höheren Unterrichtsanstalten ihre Rückwirkung nicht verfehlen würde, bitten: Hohes Haus der Abgeordneten wolle dem Entwurf des Volksschulgesetzes in seiner vorliegenden Form die Zustimmung versagen." Es folgen 58 Unterschriften ordentlicher Professoren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Berlin, 16. März. Die Vertreter aller **Parteien** mit Ausnahme der Konservativen haben sich in der Kommission gegen das Gesetz über den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen ausgesprochen.

Stuttgart, 16. März. Gerüchtweise verlautet hier, die Verlobung des muthmaßlichen Thronfolgers, des Herzogs Albrecht, mit einer bayerischen Prinzressin (einer der Töchter des Prinzen Ludwig) stehe bevor. Die Besuche des Erzherzogs Albrecht, des Großvaters des Herzogs, am hiesigen und am bayerischen Hofe hingen damit zusammen.

Frankreich.

♀ **Paris**, 16. März. Die Polizeipräfektur und das Ministerium des Innern verweigern den Blättern alle Mittheilungen über die heute bei den Anarchisten vorgenommenen Haussuchungen; aber nach den sonst eingezogenen Erkundigungen hatte die Maßregel nicht die Bedeutung und den Umfang, die ihr zugeschrieben worden. Die Zahl der Haussuchungen soll sich nur auf etwa 40 und diejenige der Verhaftungen auf 5 belaufen haben, und zwar sind, wie es heißt, bei den Verhafteten, die nicht zu den bekannteren Mitgliedern der Partei gehören, hauptsächlich Papiere aufgefunden worden, die nicht mit den Dynamit-Attentaten in Zusammenhang stehen. Nur bei einem von ihnen, einem gewissen Chaumentin, der in Saint-Denis wohnt, nahm der Polizeikommissär Verillon eine größere Anzahl chemischer Substanzen in Beschlag, welcher eine Untersuchung unterzogen werden sollen. Auch hatte derselbe mehrere Waffen in seinem Besitz. Bei ein paar Anderen entdeckte man Flaschen mit verdächtig scheinenden Flüssigkeiten, aber nirgendwo eine Spur von Dynamit. Die Fortsetzung der Operation wird für morgen und die folgenden Tage erwartet. Sie kann lange dauern, da der Polizei einige tausend Anarchisten bekannt sind, aber je länger sie dauert, umsomehr verschwindet offenbar die Aussicht, bei den rechtzeitig Gewarnten irgend etwas zu entdecken, was sie bloßstellen könnte.

Belgien.

Brüssel, 16. März. Ein Befehl des Kriegsministers konsignirt die Truppen am 18. März aus Furcht vor anarchistischen Ausschreitungen.

Großbritannien.

London, 16. März. Wahrscheinlich schließt sich die Union der Kohlenträger dem Ausstande der Kohlenarbeiter an. Es werden die größten Anstrengungen gemacht, Durham zur gleichen Aktion mit anderen Kohlendistrikten zu veranlassen.

Serbien.

Belgrad, 16. März. Die Königin-Mutter Natalie hat von mehreren Belgrader Juristen Gutachten verlangt, ob König Milans Verzicht auf ihre Rechte als Mitglied des Königshauses Einfluß nehme. Die Antwort lautete, die Stellung der Königin-Mutter bleibe gesetzlich unberührt.

Belgrad, 16. März. Narodoni Dnewnik meldet, der bulgarische Minister Stambulow habe gegenüber dem diplomitischen Agenten Serbiens in Sofia die Drohung ausgesprochen, daß, wenn dem Vertreter Bulgariens in Belgrad nur ein Haar gekrümmt werde, Bulgarien an Serbien den Krieg erklären würde.

Baden.

L. **Gondelsheim**, 17. März. In dem benachbarten Neibsheim haben wir einen ähnlichen Fall wie der von Ihnen berichtete Freiburger. Die Familie des M. A. Kritzer hat auch in kürzester Zeit das vierte Kind in Folge der Diphtheritis verloren, welch schrecklicher Krankheit in diesem Jahre an genanntem Orte schon mehrere Opfer erlegen. — Gestern hatten wir hier Gemeinderathswahl, bei welcher Ch. Schmidt und G. Koerner vom Gemeindeausschuß gewählt wurden.

♀ **Rust**, 15. März. Die hiesige Geschäftswelt trachtet darnach, die geplante Bahnlinie Rheinau-Ettenheim über Kappel a. Rh., Rust, Ringsheim und Ettenheim zu führen. Die Firma Bachstein hat bereits zugesagt, die Frage zu prüfen. Die Lösung der Frage in letzterem Sinne dürfte den Glauben an die Ertragsfähigkeit der Bahn nur stärken.

* **Aus Baden**, 17. März. Bei der zum dritten Mal vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters in Blanfingen wurde Gemeinderath Fr. Schopferer gewählt. In Efringen wählte man den seitherigen Gemeindevorstand Zipsin nahezu einstimmig wieder. — Die Imkerei ist in den letzten zwei Jahrzehnten im Großherzogthum sehr emporgeblüht. Der erste Bezirksverein wurde 1873 im Wiesenthal begründet, jetzt bestehen mehr als 60 Vereine. Im Jahre 1884 wurden im Wiesenthal 238 Zentner Honig geerntet. — Die Kreisversammlung des Kreises Lörrach tritt am 22. und 23. d. M. in Lörrach zusammen. — Radolfzell strebt mit allen Kräften an, wieder einen regelmäßigen Dampferverkehr zwischen den beiden Ufern, der seit dem Ueberschwemmungsjahr 1876 nicht mehr existirt, zu erlangen. Von der schweizerischen Dampfschiffverwaltung hat die Stadt unter gewissen Verpflichtungen die Zusicherung für eine täglich dreimalige Verbindung erhalten. Radolfzell hat dafür zu leisten außer Verpflichtungen, die sich jährlich auf 500 M. belaufen: 21,000 M. Entschädigung an die schweizerische Dampfschifffahrtsgesellschaft und Erstellung zweier Landungsstege an badischen Uferorten, zu 27,000 M. veranschlagt. Von diesen 48,000 M. übernimmt der Staat 47,000 M. — Die Ausstellung von Erzeugnissen und Bedarfsartikeln der Bäckerei, Konditorei und verwandter Gewerbe, welche anläßlich des zweiten Verbandstages des freien deutschen Bäckerverbandes in Heidelberg abgehalten wird, ist für die Dauer vom 31. Juli bis 7. August in Aussicht genommen. — Die Heidelberger Volksbank, e. G. m. u. H., hat für das Jahr 1891 einen Reineinnahmeüberschuß von 16,836 M.; zur Vertheilung gelangen 6 Proz. Dividende. — Die diesjährige in Neustadt a. H. abgehaltene Versammlung der Fuhrwerksberufsgenossenschaft der Sektion 32 (Baden und Pfalz) wählte als nächsten Versammlungsort Freiburg i. B.

Handelsnachrichten.

* **St. Petersburg**, 17. März. Ueber die Lage des Hauses Günzburg wird berichtet, daß den Passiven von 15—20 Millionen Rubel gegenüberstehen 10 Millionen leicht realisirbare und 5 Millionen schwer realisirbare Aktiven. Die Ausschüttung einer namhaften Quote ist wahrscheinlich.

* **Magdeburg**, 16. März. (Zuckerbericht.) **Kornzucker ausschl. von 92 Proz.** 18.90, **Kornzucker ausschl.** 88 Proz. Rend. 18.—. **Nachprodukte ausschl.** 75° Rendem. 15.65. Ruhig, stet. Brodraff. I. 29.50. Brodraff. II. 29.25. **Gem.** Raffinade **mit Faß** 29.50. **Gem. Melis I. mit Faß** 27.75. Ruhig. Rohzucker 1. Produkt **Transito f. a. B. Hamburg** für März 14.05 G., 14.15 Br., für April 14.20 bez. u. Br., für Mai 14.35 bez. u. Br., für Juni 14.50 bez., 14.52½. Br. Ruhig.

Städtisches.

× **Karlsruhe**, 17. März. In heutiger Sitzung des Bürgerausschusses wurde das Ortsstatut über das Begräbnißwesen an eine gemischte Kommission zur Prüfung überwiesen; die übrigen, der Berathung unterzogenen Gegenstände wurden genehmigt. Die gleichzeitig vorgenommenen Wahlen eines Stadtverordneten und eines Mitgliedes in den Verwaltungsrath des Pfründnerhauses hatten die Wahl des Herrn Oberstiftungsraths Fetzer zum Stadtverordneten mit 79 von 83 abgegebenen Stimmen und des Herrn Stadtraths Schüssele zum Verwaltungsrathsmitglied des Pfründnerhauses mit 66 von 79 abgegebenen Stimmen zum Ergebniß.

□ **Karlsruhe**, 17. März. Ein 16jähriger Metzgerlehrling wollte gestern Mittag ein Kalb in den Schlachthof verbringen, als dasselbe wild wurde und dem Transporte Schwierigkeiten entgegensetzte. Dem Lehrling entfielen dabei seine Messer, er stolperte, fiel und das größere Messer drang ihm tief in den Fuß hinein, so daß eine bedeutende Wunde entstand und der Bursche, nachdem ihm ein Nothverband angelegt war, in das städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

⁂ **Karlsruhe**, 17. März. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 282 Fremde auf.

Drahtberichte.

⁂ **Berlin**, 17. März. (Reichstag.) Die Berathung der Krankenkassennovelle wird fortgesetzt.

Bei Paragraph 55a, Gestattung der Wahl anderer als Kassenärzte, treten die Abgg. Hirsch, Wendt und Münch für freie Aerztewahl und Zulassung der Naturärzte ein.

Abg. Graf Schulenburg beantragt, nur bedingungsweise Bezahlung der Naturärzte zuzulassen.

Abg. Meyer (freis.) befürwortet den Antrag.

Der Bundeskommissär Lohmann bittet den Antrag Schulenburg abzulehnen, da die Gewerbeordnung die bedingte Ausübung ärztlicher Obliegenheiten durch Nichtapprobirte zulasse.

Abg. Möller beantragt Modifikationen des Antrags Schulenburg.

An der ferneren Debatte betheiligen sich die Abgg. Eberty, Wurm, Gutfleisch, die für völlig freie Aerztewahl; Prinz Schönaich, Endemann und Möller, die dagegen sind.

Schließlich werden die Anträge Schulenburg, Hirsch und Möller, letzterer mit 130 gegen 107 Stimmen, verworfen und der Paragraph mit Zusatz Stumm, wonach die behördliche Gestattung der Wahl anderer Aerzte nur bei nicht genügenden Leistungen der Kasse zulässig ist, angenommen.

⁂ **Berlin**, 17. März. Heute Vormittag elf Uhr fand im Königsschloße unter Vorsitz des Kaisers ein Kronrath statt, welchem sämmtliche Minister beiwohnten.

⁂ **Berlin**, 17. März. Ueber die heutige Meldung eines hiesigen Blattes, betreffend eine neue Schloßlotterie und deren Ertrag ist an bestunterrichteter Stelle nichts bekannt. Die ganze Meldung wird als unrichtig bezeichnet. (Die Freis. Ztg. hatte gestern gemeldet, daß im Ministerium des Innern der Plan der Genehmigung vorliegt, nochmals eine große Lotterie zu veranstalten zum Zwecke der Verbesserung der Aussicht des Königl. Schlosses. Die Red.)

* **Berlin**, 17. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in seiner Abendsitzung den Etatsposten, betreffend den Berliner Dombau, nach den Vorschlägen der Budgetkommission. Dagegen stimmten die Freisinnigen, die Hälfte der Nationalliberalen und 5 Freikonservative. Der Rest des Gesammtetats wurde darauf in 2. Lesung genehmigt. Freitag, 11 Uhr, 3. Lesung des Etats.

⁂ **Chemnitz**, 17. März. Im 22. Wahlkreis wurde Hofmann (Soz.) gewählt mit 11721 Stimmen gegen 8657 Stimmen für Kramer (nationalliberal) und 2312 Stimmen für Förster (Deutschsozialist). Das Ergebniß von 6 unbedeutenden Orten ist noch ausstehend.

⁂ **Darmstadt**, 17. März, 1½ Uhr. Das Leichenbegängniß des Großherzogs hat soeben unter großer Betheiligung der Bevölkerung stattgefunden.

⁂ **Wien**, 17. März. Der Dienstbotenmörder Schneider ist heute früh sieben Uhr hingerichtet worden.

⁂ **Luzern**, 17. März. Der Große Rath lehnte mit 87 gegen 28 Stimmen das Begnadigungsgesuch des zum Tode verurtheilten Mörders Gatti ab. Damit findet seit Jahrzehnten in der Schweiz zum ersten Male wieder eine Hinrichtung statt.

* **Belluno**, 17. März. Heute wurden durch einen Lawinensturz 8 Personen getödtet.

* **Paris**, 17. März. Heute wurden bei Anarchisten neuerdings Haussuchungen vorgenommen. Es heißt, die Polizei sei den Hauptschuldigen an der Explosion in der Lobaukaserne auf der Spur. Sämmtliche Bewohner der Gasthöfe im Quartier des Halles wurden gestern verhaftet. Nur wer sich genügend ausweisen konnte, wurde wieder freigelassen.

* **Paris**, 17. März. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro boten mehrere Bankiers der Industrie- und Handelsbank ihre Unterstützung an, um deren Zahlungseinstellung zu vermeiden.

⁂ **Lüttich**, 17. März. In vergangener Nacht wurde am Eingange des Hauses, in dem der mit der Dynamitaffaire Ougree beschäftigte Präsident des Assisenhofes wohnt, eine Dynamitpatrone niedergelegt, wurde aber, bevor sie explodirte, entdeckt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

⁂ **London**, 17. März. In der heutigen Konferenz des Bergarbeiterverbandes wurde beschlossen, daß alle dem Verbande angehörigen Bergleute am Montag die Arbeit wieder aufnehmen sollen, da der Zweck der Arbeitseinstellung erreicht sei.

* **Frankfurt a. M.**, 17. März. (Anfangskurse. 1.26.) Kreditaktien 261⅝, Staatsbahn 244¾, Lombarden 72⅝, Galizier —.—, Aegypter 96 60, Ungarn 91 90, Diskonto-Kommandit 178.30, Gotthardaktien 133.90. Zml. fest.

* **Frankfurt a. M.**, 17. März. (2 U. 15 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.80, ditto auf London 20.420, ditto auf Paris 81.10, ditto auf Wien 171.—, Priv.Disk. 1¾, Napoeons 16.24. Kreditaktien 261.75, Disk.-Komm. 178.60, Schweiz. Nordost 106 50, 60r Loose 123.20, Mittelmeer 90.—, Türken 19.—, 4¼ prozent. Portugiesen 36.90, bad. Zuckerfabrik 56.—. Ruhig.

* **Frankfurt a. M.**, 17. März. (3 U. — M.) 3proz. Reichsanleihe 84.90, 4proz. Reichsanleihe 106.50, 4proz. preuß. Konsols 106 25, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.30, ditto in Mark 104.50, österr. Goldrente 94.80, österr. Silberrente 80.—, 4proz. ungar. Goldrente 91.90, 1880er Russen 92.20, 2. Orientanleihe 64.30, Italiener 87.50, Aegypter 96 60, Spanier 57.50, Zolltürken 57.30, Serben 77.60, Elbthal 198¼, hess. Ludwigsbahn 110.60, Basler Bankverein 117 60, Handelsgesellschaft 129.—, Darmstädter Bank 124.40, Deutsche Bank 153.—, Dresdener 130.20 ex, Länderbank 171.—.— Nachbörse. Kreditaktien 262¾, Disk.-Komm. 178.20, Staatsbahn 244¾, Lombarden 72½, Westeregeln —.— Still.

* **Frankfurt a. M.**, 17. März. (5 U. 40 M.) Kreditaktien 262¼, Staatsbahn 244⅝, Lombarden 73⅜, Disk.-Komm. 177.60, Aegypter 96.60, Ungarn —. Gelsent. 134.50, Italiener —.—. Gotthard —.—. Still.

* **Berlin**, 17. März. (2 U. 20 M.) Kreditaktien 169.20, Staatsbahn 122.60, Lombarden 39.80, Diskonto-Kommandit 178.20, Marienburger 55 10. Dortmunder 52.60, Laurahütte 100.90, russ. Noten 205.50, neue 3proz. Anleihe von 1892 84.70.

* **Berlin**, 17. März. (Börse. 2 U. 20 M.) Auf bessere auswärtige Situationsberichte fanden Anfangs vielseitige Deckungen in Banken und Bahnen statt. Montanwerthe gedrückt, Fonds fest, wurden aber später schwankend. Russen fest.

* **Berlin**, 17. März. (Schlußkurse. 5.50.) Disk.-Komm. 177.20, Dortmunder 52.40, Bochumer 107.60, Baseler—.

* **Wien**, 17. März. (Vorbörse. 10 U. 34 M.) Kreditaktien 307.75, Marknoten 58.43. 4% Ungarn 107.35, Staatsbahn 281.25, Lomb. 82.37, Galizier —.—. Fest.

* **Paris**, 17. März. (3 Uhr — M.) 3proz. Rente 96.25, Spanier 57.—, Banque Ottom. 535.—, Türken 19.02, Ungarn —.

* **Paris**, 17. März. (5 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 96.15, 3pr. Portugiesen 25⅝, Spanier 56½, Türken 180.9, Banque ottom. 534, Ungarn —.—, Rio Tinto 446.—, Banque de Paris 606.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 49. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Freitag, den 18. März, Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums des Innern für 1892 und 1893: und zwar Tit. 16 der Ausgabe, Tit. 5—7 der Einnahme, Berichterstatter Abg. Frank.

Geboren.

Karlsruhe, 12. März. Otto Ludwig, V. Jakob Bastian, Tapezier. — 16. März. Barbara Luise Klara, V. Josef Schweinshaut, Kanzleidiener; Arthur und Frieda (Zwill.), V. Karl Klostermaier, Maurer.

Eheaufgebote

Karlsruhe, 16. März. Golling, Friedrich, von hier, Blechner und Installateur hier, m. Luise Scheidweiler von hier; Leber, Anton, von Wehr, Schutzmann, m. Elisabeth Kramer von dort.

Gestorben

Karlsruhe, 15. März. Waßmer, Lina, Expeditors Wwe., 74 Jahr; Förderer, Katharina, Schneiders Gattin, 84 J. — 16. März. Schuhmacher, Wilhelm, 17 J.; Thalheimer, Hannchen, Kaufmanns Ww., 79 J.; Arthur, V. Packer Gust. Maasch, 2 M.; Heß, Oskar, Mechaniker, 23 J.; Neff, Amalie, Küblermeisters Gattin 68 J.

Freiburg, 16. März. Amann, Hermann, Mattenknecht, 69 J. 8 M.

Kandern, 15. März. Giß, Karl, zur Krone, 58 J.

Kirchheim bei Heidelberg, 15. März. Schuh, Gg., Oekonom.

Konstanz, 15 März. Boeler, Kreszentia, geb. Keller, Ww.

Offenburg, 16. März. Zettwoch, Luise, geb. Kusterer, 61½ J.

St. Georgen, 14. März. Braun, J. H., Altbürgermeister, 71 J.

Thunsel, 15. März. Klein, Franz Josef, Kirchenrechner.

Bad. Maxau, 17. März. Wasserstand des Rheins 3 M. 46 C., gest. 5 C.

* **Bremen**, 15. März. (Letzte Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der New-York- und Baltimore-Linien.) Werra am 10. d. M. in Genua angekommen; Ems am 15. d. M. in Nordenham angekommen; Saale am 10. d. M. in New-York angekommen; Dresden am 10. d. M. in Baltimore angekommen. — Der Brasil- und La Plata-Linien: Leipzig am 15. d. M. in Bremerhafen angekommen; Gera am 13. d. M. in Bremerhafen angekommen; Baltimore am 22. d. M. in Bahia angekommen; München am 11. d. M. in Montevideo angekommen; Berlin am 11. d. M. in Bahia angekommen. — Der Linien nach Ostasien und Australien: Neckar am 6. d. M. in Hongkong angekommen; Sachsen am 10. d. M. in Singapore angekommen; Salier am 11. d. M. in Adelaide angekommen; Kaiser Wilhelm II. am 12. d. M. in Aden angekommen.

(Lenzburger 40 Fr.-Loose vom Jahre 1885.) Ziehung am 28. Febr. 1892. 4Gezogene Serien: Nr. 59 646 756 1066 1293 1703 1761 2114 2268 2408. Die Prämien-Ziehung findet am 31. März statt. (O. Gew.)

(Stadt Brüssel 100 Fr.-Loose vom Jahre 1886.) Ziehung am 15. März. 1892. Auszahlung am 2. Jan. 1893. Gezogene Serien: Nr. 356 505 4021 11274 13970 14021 14157 17809 21561 23419 24934 25148 25894 29490 31512 36324 36732 38866 41308 42604 44632 46173 47440 50939 55300 55889 57231 63868 64074 67834 70541 70532 73848 74447 75302 82144 84763 85501 89154 95475 95513 96438 98117 100191 104045 110602 111133 111514 114003 115475. Hauptpreise: S. 47440 Nr. 19 100,000 Fr. Ser. 25894 Nr. 4 2500 Fr. S. 24934 Nr. 19 1000 Fr. S. 505 Nr. 24, Serie 100191 Nr. 9 je 500 Fr. Alle übrigen in den gezogenen Serien enthaltenen Nummern je 150 und 110 Fr. (O. Gew.)

Todesanzeige.

1154.1 Es hat Gott gefallen, unser innigstgeliebtes, 8 Jahre altes Töchterchen,

Elisabeth,

nach schwerer Erkrankung an Hirnentzündung, gestern Abend zu sich in die ewige Heimath abzurufen.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Dies statt besonderer Anzeige.

Aglasterhausen, 17 März 1892.

Die tieftrauernden Eltern.
R. Ebert, Pfarrer.
Johanna Ebert, geb. Heuß.

Reiche Damen (üb. 400) wünsch. zu heirathen. Näheres **Blumenlese**, Berlin 62. Porto 40 Pf. 1146.4.1

Danksagung.

1152.1 Für die wohlthuenden Beweise so inniger Theilnahme an meinem herben Schmerze sage all' den lieben Freunden und Bekannten tiefempfundenen Dank.

Frau Hauptmann Emma Crabathi Wittwe, geb. Obermüller.

Karlsruhe, den 17. März 1892.

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.